

**Auszug aus dem Protokoll über die
7. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Göttingen
vom 14.09.2007**

Federführend:	L.S.	Die Übereinstimmung mit dem Protokoll wird bestätigt. Göttingen, den 29.11.2018
Gleiche Auszüge haben erhalten:		gez. (Hildmann-Schönbach)

Öffentlicher Teil

12 . Antrag der GöLINKE-Ratsfraktion betr. 'Keine Produkte aus Kinderarbeit'
 Vorlage: LINKE/007/07

Zu Beginn der Beratungen übergibt Beigeordnete Eiselt die Sitzungsleitung an den Ratsherrn Vaupel.

Für die GöLINKE-Ratsfraktion weist anschließend Beigeordneter Humke in der Begründung u.a. darauf hin, dass der 20. September zum „Weltkindertag“ in Deutschland ausgerufen wurde.

Dieser Tag habe - wenn auch an unterschiedlichen Terminen gewürdigt - weltweit eine herausragende Bedeutung, die u.a. seit der Unterzeichnung der Erklärung der Kinderrechte durch die Vereinten Nationen im Jahre 1959 und der Kinderrechtskonvention aus dem Jahre 1989 Anerkennung gefunden habe.

Mit diesem Antrag soll die Kinderarbeit thematisiert werden, die in Zeiten der fortschreitenden Globalisierung weltweit immer häufiger anzutreffen sei.

Nach Studien der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) arbeiteten rd. 250.000.000 Kinder zwischen fünf und vierzehn Jahren.

Es werde geschätzt, dass weltweit etwas 20 % der Kinder einer gewerblichen Tätigkeit nachgehen müssen.

Bei dem Thema Kinderarbeit bewege man sich in einer verfahrenen Situation, da es wenig hilfreich wäre, diese generell weltweit zu verbieten. In vielen Ländern seien Kinder die einzigen Erwerbstätigen in Familien bzw. trügen sehr zum - wenn auch geringem - Einkommen bei.

Vielmehr soll verhindert werden, dass Kinder bei ihrer Arbeit ausgebeutet würden. Hierzu zitiert Beigeordneter Humke aus den Definitionen zur ausbeuterischen Kinderarbeit der UNICEF.

Da auch in Göttingen viele benötigte Produkte und Dienstleistungen unter die Vergaberichtlinien fallen würden, sollten bereits im Vorfeld entsprechende Forderungen an die Ausschreibungen gestellt werden können, um dieser Ausbeutung entgegen treten zu können.

Als Beispiel führt er an, dass einer Pressemitteilung zufolge Granit aus Indien, der u.a auch in Deutschland Verwendung finden würde, von Kindern behauen würde.

Alle Kinder in dieser Welt sollten gleiche Entwicklungschancen geboten bekommen.

Deshalb bitte er, auch diesem Schritt zur Vermeidung ausbeuterischer Kinderarbeit zuzustimmen und verliest den Antrag der GÖLINKE-Ratsfraktion.

Im Anschluss beschließt der Rat einstimmig:

Der Rat der Stadt möge beschließen

Die Stadt Göttingen wirkt sowohl in ihrer Vergabepaxis als auch im Beschaffungswesen darauf hin, dass Produkte aus Kinderarbeit im Sinne der Konvention Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) keine Verwendung finden.

Künftig sollen bei Ausschreibungen nur Produkte und Dienstleistungen Berücksichtigung finden, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt sind oder deren Produzenten und Händler sich aktiv gegen Kinderarbeit bzw. für einen Ausstieg aus der Kinderarbeit einsetzen.

Darüber hinaus bittet die Stadt Göttingen ihre Partnerstädte, ebenfalls solche Beschlüsse zu fassen und umzusetzen.



Gö.LINKE Ratsfraktion Hiroshimaplatz 1-4 37083 Göttingen

■ Neues Rathaus, Zi. 196
■ Hiroshimaplatz 1-4
■ 37083 Göttingen
■ tel 05 51-4 00 24 99
■ fax 05 51-4 00 20 79
■ goelinke-fraktion@goettingen.de
■ www.goe-linke.de
30. August 2007

Antrag zur Ratssitzung am 14.09.2007

„Keine Produkte aus Kinderarbeit“

Der Rat der Stadt möge beschließen

Die Stadt Göttingen wirkt sowohl in ihrer Vergabep Praxis als auch im Beschaffungswesen darauf hin, dass Produkte aus Kinderarbeit im Sinne der Konvention Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) keine Verwendung finden. Künftig sollen bei Ausschreibungen nur Produkte und Dienstleistungen Berücksichtigung finden, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt sind oder deren Produzenten und Händler sich aktiv gegen Kinderarbeit bzw. für einen Ausstieg aus der Kinderarbeit einsetzen.

Darüber hinaus bittet die Stadt Göttingen ihre Partnerstädte, ebenfalls solche Beschlüsse zu fassen und umzusetzen.

Begründung:

Ausbeuterische Kinderarbeit verhindert den Schulbesuch und damit Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen. Auch wirkt sich diese Kinderarbeit lohndrückend aus. So dass die betroffenen Familien nicht aus der Armutsspirale entkommen können. Wegen der allgemein schlechten Arbeitsbedingungen und der unzureichenden Entlohnung, kann man in vielen Fällen von „moderner Sklaverei“ sprechen.

Dem Rat der Stadt Göttingen ist bewusst, dass gegenwärtig in einigen Regionen der Welt Kinder zum Familieneinkommen beitragen müssen. Dieser Tatsache Rechnung zu tragen und gleichzeitig die Lebensbedingungen der Betroffenen zu verbessern ist das Ziel dieses Antrages.

Mit diesem Beschluss will die Stadt Göttingen erreichen, dass zunächst Mindeststandards (tägliche Arbeitszeit, Entlohnung, Unfallschutz) eingehalten werden. Ferner müssen Kinder bzw. deren Eltern das Recht haben, zu kündigen.

Wenn diese Standards eingehalten werden, sind Schulbesuch und regelmäßige Ernährung gesichert. Das erhöht die Entwicklungschancen des Kindes merklich.

Die Stadt Göttingen hat sich schon in der Vergangenheit durch Ratsbeschlüsse für die Ziele von attac sowie für das Projekt „lokale Agenda 21“ eingesetzt.

Mit diesem Beschluss bekräftigt Göttingen diese positive Tradition und beteiligt sich an einer Kampagne gegen ausbeuterische Kinderarbeit, die 2002 mit München ihren Anfang nahm. Leipzig, Hannover, Stuttgart und Frankfurt am Main beteiligen sich bereits (siehe: Neues Deutschland vom 14.08.2007).

BA Zh